



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VIII/2026/02751**
Datum: 28.05.2026
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Hauptausschuss	18.06.2026	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	24.06.2026	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zu einer Resolution: Den Wahlkampf gewaltfrei und fair gestalten – Verschärfung gesellschaftlicher Spannungen verhindern**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bekennt sich mit seinen Fraktionen, insbesondere jenen der im Jahr 2026 am Landtagswahlkampf von Sachsen-Anhalt beteiligten Parteien, zu einem fairen demokratischen Wahlkampf, ohne Anwendung oder Toleranz von Gewalt und ruft alle, nicht nur, parteigebundenen Akteure zu einer ausschließlich friedlichen und gewaltfreien Wahlkampfführung auf. Damit stellt er sich ausdrücklich gegen die Verschärfung gesellschaftlicher Spannungen und gegen Jene, die Gewalt noch immer für ein akzeptables Mittel in der Politik halten.

Die nicht im Stadtrat vertretenen aber ebenfalls Wahlkampf führenden Parteien, werden aufgefordert, sich diesem Bekenntnis anzuschließen.

gez. A. Raue
Fraktionsvorsitzender AfD-Stadtratsfraktion

Begründung:

Die Lage ist im Vorfeld der Landtagswahl äußerst angespannt. Dies hängt auch damit zusammen, dass die letzten Umfragen einen deutlichen Politikwechsel im Land prognostizieren, einhergehend mit der Schrumpfung einiger im Landtag vertretenen Parteien. Schon im Vorfeld der EU- und Kommunalwahl im Jahr 2024 wurden Vertreter der Partei AfD am Wahlkampfstand gewalttätig angegriffen und mussten die Polizei hinzuziehen. Einem parteilosen Kandidaten auf der Stadtratsliste der AfD wurden die Fenster seines Hauses entglast und ein Brandsatz vor die Tür gelegt. Dass es im Nachgang Verurteilungen gegenüber diesen Übergriffen durch die anderen Parteien gab begrüßt die AfD-Stadtratsfraktion ausdrücklich. Zudem wurden Wahlplakate unterschiedlicher Parteien und Kandidaten heruntergerissen und Großplakate beschmiert oder zerstört. Häufig berufen sich selbsternannte Aktivisten auf eine wahrgenommene politische Legitimation, den parlamentarischen und gesellschaftlichen Meinungsdivergenzen gewaltsam auf der Straße fortzusetzen und die öffentliche Werbung für bestimmte Lösungsvorschläge unserer ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen durch Schmierereien herabzuwürdigen oder durch Zerstörungen zu unterbinden. Um es gar nicht erst so weit kommen zu lassen wollen wir mit dieser Resolution präventiv ein Bekenntnis dazu abgeben den Wahlkampf ausschließlich gewaltfrei und im Rahmen der demokratischen Regeln abzuhalten. Alle Versuche einzelne Parteien daran zu hindern, ihren Wahlkampf ungestört durchzuführen sind in unserem demokratischen Rechtsstaat abzulehnen.